



Kurzbericht

über die 16. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 15. November 2017, 9:00 Uhr
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Beginn: 9:05 Uhr

1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/231](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/270](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/294](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfes ab. Nachdem der Änderungsantrag, [Umdruck 19/270](#), mit Zustimmung der antragstellenden Fraktionen für erledigt erklärt wurde, nahm der Ausschuss den Änderungsantrag, [Umdruck 19/294](#), einstimmig an. Den so geänderten Gesetzentwurf, [Drucksache 19/231](#) (neu), empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und SSW gegen die Stimmen der SPD zur Annahme.

2. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Erhebungspflicht für Straßenausbaubeiträge

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/150](#)

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes
- Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Beiträgen gem. § 8 Abs. 1 KAG**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/159](#)

Einstimmig kam der Ausschuss überein, zu den Vorlagen am 29. November 2017 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsstelle bis Freitag, 17. November 2017, mitzuteilen.

Schluss: 9:15 Uhr

gez. Dörte Schönfelder